

**Rede von Luigi Brillante zum kommunalpolitischen Situationsbericht der Oberbürgermeisters am 31.8.2017**

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Oberbürgermeister Feldmann hat in seiner bisherigen Amtszeit auch die Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern in den Mittelpunkt gestellt. Er hat dabei die Migranten nicht vergessen. Seine Wertschätzung für das Engagement von FrankfurterInnen mit Migrationshintergrund, die sich auch in seinen Besuchen bei migrantischen Vereinen und Verbänden zeigt, stärkt das Gefühl von Migranten, angekommen zu sein und angenommen zu werden. Das ist wichtig für den Erhalt des friedlichen Zusammenlebens in Frankfurt.

Der OB ist unserer Einladung nachgekommen, er hat sich an einem Sonntag Zeit für uns genommen. Die Menschen haben das geschätzt. Es war eine interessante Begegnung mit einem regen Informationsaustausch. Dieses Lob verdient er. Bei seiner Rede zum Situationsbericht in Frankfurt hatte ich allerdings mehr erwartet. Situation ist ein Fremdwort, kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „Lage“. Also ist der Situationsbericht eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage in Frankfurt.

Meine Damen und Herren, Frankfurt ist eine Stadt mit einem Migrantenanteil von ca. 50%. Integrationspolitik ist in dieser Stadt sehr wichtig. Unter Integration verstehen wir gleichberechtigte Teilhabe auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Integration bedeutet also „Chancengleichheit“, das zu gewährleisten ist das Ziel unserer Integrationspolitik.

Der OB hat über die Lage der Migranten in dieser Stadt in seinem Situationsbericht überhaupt nicht gesprochen. Das war für mich eine Enttäuschung. Alle meine Vorredner haben es auch nicht für nötig erachtet hierüber zu sprechen. Es ist daher meine Pflicht auf diese Situation einzugehen. Das finde ich mit Verlaub arrogant und es ist ein Armutszeugnis für Frankfurt.

Wie sieht es aus mit der Integration in dieser Stadt? Welche Erfolge sind zu verzeichnen in einer Integrationspolitik, die das Ziel der Chancengleichheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen verfolgt? Wir werden immer wieder von „Studien“ überrascht, die uns vor Augen führen, wie weit wir von diesem Ziel entfernt sind, darauf werde ich gleich noch eingehen.

Offensichtlich ist Integration kein Kernthema der Koalition. Es zeigt sich inzwischen auch, dass die Abschaffung des Integrationsausschusses und die thematische Zusammenlegung mit dem Bildungsausschuss ein großer Fehler war. Denn die Integration kommt in diesem Ausschuss kaum zur Sprache. In Sonntagsreden hingegen schon. Es ist höchste Zeit diesen Fehler zu korrigieren und wieder ein Ausschuss für Integration zu bilden. Wir brauchen auch wieder ein eigenständiges Dezernat für Integration. Aber schauen wir, wie die Koalition konkret handelt:

Vor einem knappen Jahr habe ich vorgeschlagen, die Einbürgerungskampagne der hessischen Landesregierung zu unterstützen. Meine Idee war, dass der Magistrat die Kosten der Einbürgerung von Migranten/-innen übernimmt, die seit über 50 Jahren ihren Wohnsitz in Frankfurt haben, und den Wunsch äußern, sich einbürgern zu lassen (NR 140/2016). Das wäre die Stadt nicht teuer gekommen, hätte aber ein wichtiges Zeichen gesetzt. Die große - aber mitunter kleinliche - Koalition sah sich zur Zustimmung außerstande. Schade.

Mein neuer Antrag, der nur vorsah, alle Migranten/-innen, die seit über 50 Jahren ihren Wohnsitz in der Stadt haben, zu einer Feierstunde mit dem OB in den Römer einladen zu lassen, wurde immerhin mit Prüfen und Berichten votiert. Warum fand er nicht gleich die Zustimmung? Wie kleinlich!

Stattdessen sah sich die Koalition in der Pflicht, einen eigenen Antrag zu stellen (NR 277). Dieser bezweckt die Einführung von "Einbürgerungs-Begleiterinnen und Einbürgerungs-Begleitern" im Zuge der Einbürgerungskampagne der Hess. Landesregierung "Hessen und ich DAS PASST". Der Magistrat solle prüfen und berichten, unter welchen Voraussetzungen nach dem Vorbild der Stadt Kassel in Frankfurt am Main das Projekt der ehrenamtlichen "Einbürgerungs-Begleiterinnen und Einbürgerungs-Begleiter" eingeführt werden könnte.

Der Magistrat hat hierzu den Bericht B195 vorgelegt, was lesen wir da? Aus dem Bericht des Magistrats lässt sich entnehmen, dass nichts passieren wird. Frankfurt wird dem Beispiel Kassels nicht folgen. Das dortige Projekt sieht vor, Migranten/-innen aktiv anzusprechen und Sie über die Möglichkeit der Einbürgerung aufzuklären. Einbürgerungsberechtigte erhalten dort gezielt ein Anschreiben mit Informationen über Vorteile der Einbürgerung. Das ist aktive Integrationspolitik, das wird in Frankfurt nicht passieren. Schade für die Integration.

Im Jahr 2013 haben die damalige Integrationsdezernentin Eskandari-Grünberg und der Oberbürgermeister einen "10-Punkte-Plan" für das Voranbringen der Integration vorgestellt. Das war eine tolle Sache. Anfang Juni 2016, also vor 15 Monaten habe ich den Magistrat nach den bisherigen Erfolgen gefragt (A 46/2016) - bis dato steht eine substantielle Antwort aus. Auch schade.

Eines der Ziele dieses 10-Punkte-Planes war die Verdoppelung der Zahl der städtischen Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Da nichts passiert ist, wird versucht, sich damit herauszureden, dass man diesen Personenkreis nicht ausmachen kann. Das ist natürlich nur eine faule Ausrede. Wie Schade!

Die Themen, die unsere Stadt bewegen, sind bezahlbarer Wohnraum, eine saubere Umwelt und gute Schulen. Migranten – und für sie erhebe ich hier meine Stimme – haben es in allen drei Bereichen schwerer, in den Genuss dieser so wichtigen Güter zu kommen.

So vermuten wir seit langem und wissen es jetzt durch ein Experiment von Journalisten des Bayerischen Rundfunks und des SPIEGELS, dass Menschen mit ausländisch klingenden Namen auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden. Vor allem in Frankfurt. Das läge daran, dass hier besonders viele private Vermieter am Markt beteiligt seien, für die das Antidiskriminierungsverbot nur eingeschränkt gälte, heißt es. Gegen diese Diskriminierung muss der Magistrat dringend tätig werden. Eine entsprechende Anfrage von mir ist bereits im Geschäftsgang. (A 233/2017)

Schmutzige Atemluft gefährdet die Gesundheit aller Frankfurter, besonders aber die der Menschen, die in weniger bevorzugten und daher günstigeren Wohnlagen leben, wie z.B. an der Friedberger Landstraße. Der Strom der Auto-Pendler muss reduziert werden, notfalls mit drastischen Maßnahmen. „Vorrang für den ÖPNV“ - muss bei jedem neuen Baugebiet gelten. Die Idee von Rosemarie Heilig, den neuen Stadtteil im Nordwesten autofrei zu gestalten, wäre einer „Green City“ durchaus angemessen.

Ein Dauerthema in Frankfurt ist seit Jahren die Versorgung mit weiterführenden Schulen. Ob diese weiterführenden Schulen immer wohnortnah sein müssen, darüber kann man streiten. Es ist aber kein Zufall, dass sich in Stadtteilen mit höherem Haushaltseinkommen die meisten Gymnasien befinden und weitere gebaut werden und in Stadtteilen mit hohem Migranten- und Arbeiteranteil unter der Bevölkerung gar keines. Wenn aber eine Schulform im Stadtteil nicht existiert, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern und SchülerInnen sich für diese entscheiden, gering.

Die Schwarz-Grüne Koalition, die zehn lange Jahre in Frankfurt regiert hat, ist für die Misere in der Schullandschaft verantwortlich. Sie haben die Schulen verkommen lassen und die Entwicklung in der Bildungspolitik mit steigenden Schülerzahlen und den Wunsch der Eltern nach gymnasialen Plätzen mutwillig verschlafen. Ich kann mich noch erinnern wie sich die

Grünen gepriesen haben, die Schülerzahlen bei den Übergängen aufs Gymnasien gedrückt zu haben. Die Leidtragenden waren in den meisten Fällen Kinder mit Migrationshintergrund.

Erst jetzt kann ich eine positive Entwicklung erkennen. Den Vorstoß der neuen Bildungsdezernentin, kurzfristig neue Schulen zu bauen, neue Gymnasien und IGS kann ich nur unterstützen.

Wir wissen, dass nach der Grundschule die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf das Gymnasium wechselt, aber nur etwa 22 Prozent dieser SchülerInnen die Hochschulreife erlangt. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Gymnasiasten mit Migrationshintergrund diese Schulform wieder verlassen müssen. Obwohl diese Kinder eine Gymnasialempfehlung hatten, wohlgernekt. Mangelnde Sprachkenntnisse scheinen also nicht das Problem zu sein. Wir erwarten, dass die neue Bildungsdezernentin die Gründe für die Querversetzung von Kindern eruieren lässt und Lösungsvorschläge macht. Es kann nicht sein, dass das Recht der Eltern auf die Wahl der Schulform ihrer Kinder ein Jahr danach durch die Querversetzung ausgehöhlt wird.

Integration ist das Gegenteil von Spaltung. Eine Schule für alle ist eine wichtige Säule des friedlichen Zusammenlebens. Deshalb sind in Deutschland Schulen verboten, die die „Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern fördern“. (Grundgesetz, Art. 7, Abs. 4).

Hessen verstößt seit Jahren gegen das Sonderungsverbot, wie eine aktuelle Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung dem Land vorwirft. Auch die Frankfurter Privatschulen verlangen Schulgelder in einer Höhe, die vom Normalverdiener nicht zu leisten sind: sie liegen monatlich bei durchschnittlich 312 Euro pro Kind, dazu kommen (teils sehr hohe) Aufnahme- und Verwaltungsgebühren sowie ein verpflichtender Beitrag für den Förderverein. Ich würde gern von den Bildungspolitikern der CDU und der Grünen hören, wie sie den Verstoß des Landes Hessen gegen das Grundgesetz einschätzen.

Wir müssen allen Kindern, egal aus welcher sozialen Schicht und Herkunft, eine gute Ausbildung ermöglichen, sie in Arbeit bringen, sie gleichwertig in der Gesellschaft akzeptieren. Wenn dies gelingt, dann machen wir sie auch immun gegen Extremismen.

In Zeiten, in denen es wieder Politiker gibt, die eine Frau „Özoguz“, selbst wenn sie was Falsches sagt, nach Anatolien „entsorgen“ wollen und dafür schreienden Applaus von Ihren Wählern bekommen, müssen anständige Politiker das Thema Integration ernstnehmen. Wir brauchen verstärkt Aufklärung.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von dem Schriftsteller Navid Kermani schließen:

„Wer Menschen integrieren will, muss für die Werte und Vorstellungen der eigenen Gesellschaft so emphatisch werben, wie es traditionell nur der Rechten zugetraut wird, und zugleich offen sein für das Fremde, wie es die Linke immer für sich beansprucht hat. Es geht nicht darum, die multikulturelle Gesellschaft zu verabschieden. Es geht darum, sie endlich zu gestalten.“

Fangen Sie endlich an!

Luigi Brillante  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt  
Mobil: 0172 77 95 958  
brillante.luigi@web.de

*Alle Presseerklärungen und parlamentarischen Initiativen von Luigi Brillante finden Sie jetzt auch auf der Homepage der Europa Liste: <https://europaliste.wordpress.com/>*